

# - NICHTAMTLICHE LESEFASSUNG -

## **Prüfungsordnung für den Master-Studiengang “Accounting, Auditing and Taxation”**

**der  
Universität Siegen**

Vom 15. August 2013

Zuletzt geändert am 31. August 2017

*(anwendbar auf Studierende, die sich erstmalig ab dem Wintersemester 2017/2018 einschreiben)*

Diese Ordnung beruht auf dem Wortlaut:

- der Prüfungsordnung für den Master-Studiengang „Accounting, Auditing and Taxation“ der Universität Siegen vom 15. August 2013 (Amtliche Mitteilung 90/2013),
- der Ordnung zur Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang „Accounting, Auditing and Taxation“ der Universität Siegen vom 19. Dezember 2014 (Amtliche Mitteilung 9/2015),
- der Zweiten Ordnung zur Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang „Accounting, Auditing and Taxation“ der Universität Siegen vom 31. August 2017 (Amtliche Mitteilung 92/2017).

## **Inhaltsverzeichnis<sup>2</sup>**

### **I. Allgemeines**

- § 1 Ziele des Studiums
- § 2 Aufbau des Studiums
- § 3 Akademischer Grad
- § 4 Zulassung zum Studium
- § 5 Regelstudienzeit und Studienumfang
- § 6 Modularisierung des Lehrangebots
- § 7 **Anerkennung von Prüfungsleistungen und Studienabschlüssen**

### **II. Prüfungsausschuss, Prüferinnen und Prüfer**

- § 8 Prüfungsausschuss
- § 9 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer
- § 10 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungswidrigkeit
- § 11 Familienregelung, Schutzvorschriften, Ausfallzeiten
- § 12 Nachteilsausgleich

### **III. Masterprüfung**

- § 13 Bewertung der Prüfungsleistungen, Notenbildung
- § 14 Zulassung zur Prüfung
- § 15 Umfang der Masterprüfung
- § 16 **Prüfungsformen in Prüfungsleistungen**
- § 17 Durchführung der Prüfungen
- § 18 Grundsätze für den Erwerb von Leistungspunkten
- § 19 Seminarleistungen
- § 20 Masterarbeit
- § 21 Wiederholung von Prüfungen
- § 22 Zusatzleistungen
- § 23 Bestehen der Masterprüfung
- § 24 Urkunde, Zeugnis, Transcript of Records und Diploma Supplement

### **IV. Sonderbestimmungen**

- § 25 Anrechnung von Prüfungsleistungen gemäß § 13b WPO
- § 26 Gesonderter Ausschuss für die Anrechnung gemäß § 13b WPO
- § 27 Ergänzende mündliche Prüfung

### **V. Schlussbestimmungen**

- § 28 Ungültigkeit der Masterprüfung und Aberkennung des Mastergrades
- § 29 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 30 Zeitlicher Anwendungsbereich, Übergangsregelung
- § 31 Regelungen zur Anrechnung von erbrachten Prüfungsleistungen
- § 32 Inkrafttreten und Veröffentlichung

Anhang: Modulübersicht

## I. Allgemeines

### § 1<sup>2</sup>

#### Ziele des Studiums

- (1) Das Studium soll den Studierenden unter Berücksichtigung der Anforderungen und Veränderungen in der Berufswelt die erforderlichen fachwissenschaftlichen Kenntnisse und Methoden so vermitteln, dass es sie zu wissenschaftlicher Reflexion, zur Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden und zu verantwortlichem Handeln in den entsprechenden Berufsfeldern befähigt.
- (2) Im Masterstudium sollen den Studierenden auf der Grundlage des sechssemestrigen Bachelorstudiums in Betriebswirtschaftslehre (Bachelor of Science) oder eines anderen gleichwertigen Studiums vertiefte Kenntnisse, Methoden und Theorien sowie für deren Anwendung notwendige Qualifikationen zu betriebswirtschaftlichen Berufsfeldern vermittelt werden.
- (3) Im Master of Science „Accounting, Auditing and Taxation“ ist das zentrale Ziel die Ausbildung von künftigen Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern sowie vergleichbaren Berufsgruppen (Revisoren, Controller, Unternehmensberater).
- (4) Der Masterstudiengang zielt insbesondere darauf ab, Absolventinnen und Absolventen eine Anerkennung gemäß § 13b Wirtschaftsprüferordnung (WPO) in Verbindung mit § 7 Wirtschaftsprüfungsexamens-Anrechnungsverordnung (WPAnrV) der Teilprüfungen „Angewandte Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre“ und „Wirtschaftsrecht“ des Wirtschaftsprüferexamens durch erfolgreich absolvierte Studien- bzw. Prüfungsleistungen an der Universität Siegen zu ermöglichen. Das Nähere wird in den §§ 25-27 dieser Prüfungsordnung geregelt.

### § 2<sup>2</sup>

#### Aufbau des Studiums

- (1) <sup>1</sup>Der Studiengang ist als integratives Modell konzipiert (Anhang 1). <sup>2</sup>Der Studienaufbau besteht aus zwei berufsfeldbezogenen Spezialisierungsfächern Accounting/Auditing und Taxation, je einem Vertiefungsfach aus dem Gebiet der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, einem Wahlpflichtbereich und der Masterarbeit.
- (2) <sup>1</sup>Lehrveranstaltungen finden grundsätzlich in englischer oder deutscher Sprache statt. <sup>2</sup>Die Prüfung findet grundsätzlich in derselben Sprache statt wie die Veranstaltung.

### § 3

#### Akademischer Grad

Nach erfolgreichem Abschluss des Studiengangs wird der Absolventin oder dem Absolventen der Grad eines „Master of Science“ verliehen.

### § 4<sup>1</sup>

#### Zugang zum Studium

Zugang zum Studium hat, wer

1. die Bachelorprüfung im Studiengang Betriebswirtschaftslehre an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder eine vergleichbare Prüfung mit hinreichendem betriebswirtschaftlichem Anteil mindestens mit der Note befriedigend (3,0) bestanden oder eine nach § 7 als gleichwertig angerechnete Prüfung mindestens mit der Note befriedigend (3,0) oder
2. die Diplom- oder Masterprüfung an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder eine vergleichbare Prüfung mit hinreichendem betriebswirtschaftlichem Anteil mindestens mit der Note befriedigend (3,0) bestanden oder eine nach § 7 als gleichwertig angerechnete Prüfung mindestens mit der Note befriedigend (3,0) erbracht hat.

## § 5<sup>\*2</sup>

### Regelstudienzeit und Studienumfang

- (1) Die Regelstudienzeit bis zum Masterabschluss beträgt vier Semester einschließlich der Masterarbeit.
- (2) <sup>1</sup>Für einen erfolgreichen Abschluss des Studiums sind 120 Leistungspunkte zu erwerben. <sup>2</sup>Leistungspunkte sind ein quantitatives Maß für die Gesamtbelastung **der oder des** Studierenden. <sup>3</sup>Sie umfassen sowohl den unmittelbaren Unterricht als auch die Zeit für die Vor- und Nachbereitung des Lehrstoffes (Präsenz- und Selbststudium), den Prüfungsaufwand und die Prüfungsvorbereitungen einschließlich Abschluss- und Studienarbeiten. <sup>4</sup>Ein Leistungspunkt entspricht einem Credit-Point nach dem European Credit Transfer System (ECTS); für den Erwerb eines Leistungspunkts wird somit ein durchschnittlicher Arbeitsaufwand von 30 Stunden zugrunde gelegt.
- (3) Mindestens 60 Prozent der Leistungspunkte sollten an der Universität Siegen erbracht werden.

## § 6

### Modularisierung des Lehrangebots

- (1) <sup>1</sup>Das Studium ist modularisiert. <sup>2</sup>Module sind thematisch und zeitlich abgerundete, in sich geschlossene und mit Leistungspunkten versehene, prüfbare und eigenständige Qualifikationseinheiten, die ein Stoffgebiet zusammenfassen. Ein Modul kann aus mehreren Modulelementen bestehen und hat einen Umfang von sechs oder neun Leistungspunkten. <sup>3</sup>Sämtliche Modulelemente werden innerhalb eines Jahres angeboten. <sup>4</sup>Module werden mit dem Bestehen der Modulabschlussprüfung beendet, womit die Leistungspunkte des Moduls vergeben werden.
- (2) <sup>1</sup>Das Studium besteht aus einem Pflichtbereich (96 Leistungspunkte) und einem Wahlpflichtbereich (24 Leistungspunkte). <sup>2</sup>Alle Module des Pflichtbereichs sind zu studieren. <sup>3</sup>Der Wahlpflichtbereich besteht aus einem vorgegebenen Angebot von Modulen, das regelmäßig aktualisiert wird.
- (3) <sup>1</sup>Die Fakultät erstellt auf der Grundlage und zur inhaltlichen Ergänzung dieser Prüfungsordnung ein Modulhandbuch. <sup>2</sup>Das Modulhandbuch gibt Auskunft über Bestandteile, Umfang, Inhalt und Ziele der Module, die jeweiligen Lehr- und Lernformen sowie die notwendigen Vorkenntnisse.

## § 7<sup>\*2</sup>

### Anerkennung von Prüfungsleistungen und Studienabschlüssen

- (1) Prüfungsleistungen, die in Studiengängen an anderen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen, an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien oder in Studiengängen an ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen erbracht worden sind, werden auf Antrag anerkannt, sofern hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen kein wesentlicher Unterschied zu den Leistungen besteht, die ersetzt werden. Das Gleiche gilt hinsichtlich Studienabschlüssen, mit denen Studiengänge im Sinne des Satzes 1 abgeschlossen worden sind.
- (2) Der Antrag ist schriftlich an den Prüfungsausschuss zu richten. Es obliegt der antragstellenden Person, die erforderlichen Informationen über die anzuerkennende Leistung bereitzustellen.
- (3) Entscheidungen über Anträge im Sinne des Absatzes 1 werden innerhalb einer Frist von 2 Monaten vom Prüfungsausschuss getroffen. Die Beweislast dafür, dass ein Antrag im Sinne des Absatzes 1 die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht erfüllt, liegt beim Prüfungsausschuss. Der Prüfungsausschuss hört im Zweifelsfall die zuständigen Fachvertreterinnen und Fachvertreter an. Sofern gemäß der Lissabon-Konvention wesentliche Unterschiede festgestellt und nachgewiesen werden, ist die Entscheidung der Nichtanerkennung schriftlich zu begründen.
- (4) Auf der Grundlage der Anerkennung nach Absatz 1 kann und auf Antrag der oder des Studierenden muss in ein nach Satz 2 und 3 berechnetes Fachsemester eingestuft werden. Das Fachsemester, in das die Einstufung erfolgt, ergibt sich aus dem Umfang der durch die Anerkennung erworbenen ECTS-Leistungspunkte im Verhältnis zu dem Gesamtumfang der in dem jeweiligen Studiengang insgesamt erwerbbaaren ECTS-Leistungspunkte, multipliziert mit der Regelstudienzeit des Studiengangs in Semestern. Ist die Nachkommastelle kleiner als fünf, wird auf ganze Semester abgerundet, ansonsten wird aufgerundet, wobei mindestens in das 1. Fachsemester eingestuft wird.

- (5) Soweit Vereinbarungen und Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich (Äquivalenzabkommen) Studierende ausländischer Staaten abweichend von Absatz 1 begünstigen, gehen die Regelungen der Äquivalenzabkommen vor.
- (6) Auf Antrag können sonstige Kenntnisse und Qualifikationen auf der Grundlage vorgelegter Unterlagen anerkannt werden, wenn diese Kenntnisse und Qualifikationen den Prüfungsleistungen, die sie ersetzen sollen, nach Inhalt und Niveau gleichwertig sind.
- (7) § 63a Absatz 5 HG bleibt unberührt.

## II. Prüfungsausschuss, Prüferinnen und Prüfer

### § 8<sup>\*2</sup>

#### Prüfungsausschuss

- (1) <sup>1</sup>Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben bildet die Fakultät einen gemeinsamen Prüfungsausschuss für die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge. <sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss besteht aus der oder dem Vorsitzenden, der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter und fünf weiteren Mitgliedern. <sup>3</sup>Die oder der Vorsitzende, die Stellvertreterin oder der Stellvertreter und zwei weitere Mitglieder werden aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, ein Mitglied wird aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zwei Mitglieder werden aus der Gruppe der Studierenden gewählt. <sup>4</sup>Die Amtszeit der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer beträgt drei Jahre, die der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beträgt zwei Jahre und die der studentischen Mitglieder ein Jahr.
- (2) <sup>1</sup>Die Fakultät wählt auf Vorschlag seiner Mitgliedergruppen die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter für den Verhinderungsfall für die Amtszeit gemäß Absatz 1 Satz 4. <sup>2</sup>Wiederwahl ist zulässig. <sup>3</sup>Ein vorzeitig ausgeschiedenes Mitglied ist durch Nachwahl zu ersetzen. <sup>4</sup>Der Prüfungsausschuss wählt aus dem Kreis der ihm angehörenden Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer die Vorsitzende oder den Vorsitzenden und die Stellvertreterin oder den Stellvertreter.
- (3) Der Prüfungsausschuss ist Behörde im Sinne des Verwaltungsverfahrens.
- (4) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden; er sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen. <sup>2</sup>Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. <sup>3</sup>Darüber hinaus hat der Prüfungsausschuss dem Fakultätsrat jährlich über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten zu berichten. <sup>4</sup>Er gibt Anregungen zur Reform der Studienordnung und der Prüfungsordnung. <sup>5</sup>Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle auf die Vorsitzende oder den Vorsitzenden übertragen; dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche.
- (5) Die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses wirken nicht mit bei der Beurteilung, Anerkennung oder Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen, der Festlegung von Prüfungsaufgaben und der Bestellung von Prüferinnen und Prüfern sowie Beisitzerinnen und Beisitzern.
- (6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme der Prüfungen beizuwohnen.
- (7) <sup>1</sup>Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. <sup>2</sup>Die Mitglieder des Prüfungsausschusses, ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter, die Prüferinnen und Prüfer sowie die Beisitzerinnen und Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. <sup>3</sup>Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, werden sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit verpflichtet.
- (8) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der bzw. dem Vorsitzenden oder der Stellvertreterin bzw. dem Stellvertreter und zwei weiteren Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern mindestens zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. <sup>2</sup>Im Fall des Absatzes 5 ist der Prüfungsausschuss beschlussfähig, wenn die oder der Vorsitzende oder deren Stellvertreterin oder Stellvertreter und drei der nichtstudentischen Mitglieder anwesend sind. <sup>3</sup>Er beschließt mit einfacher Mehrheit. <sup>4</sup>Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden.

- (9) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss erlässt allgemein verbindliche Regelungen für den ordnungsgemäßen Ablauf von Prüfungen. <sup>2</sup>Anordnungen, Festsetzungen von Terminen und andere Mitteilungen des Prüfungsausschusses, die nicht nur einzelne Personen betreffen, werden durch Aushang oder in elektronischer Form unter Beachtung des Datenschutzes mit rechtlich verbindlicher Wirkung durch das Prüfungsamt bekannt gemacht. <sup>3</sup>Zusätzliche anderweitige Bekanntmachungen sind zulässig, aber nicht rechtsverbindlich.

## § 9<sup>2</sup>

### Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer

- (1) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen und Prüfer sowie die Beisitzerinnen und Beisitzer. <sup>2</sup>Er kann die Bestellung der oder dem Vorsitzenden übertragen.
- (2) Zur Prüferin oder zum Prüfer darf nur bestellt werden, wer die Diplomprüfung oder die Masterprüfung in einem wirtschaftswissenschaftlichen/rechtswissenschaftlichen Studiengang oder eine hierzu vergleichbare Prüfung abgelegt und in dem der Prüfung vorangehenden Studienabschnitt eine selbstständige Lehrtätigkeit an der Universität Siegen ausgeübt hat.
- (3) Zur Beisitzerin und zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer die Diplomprüfung oder die Masterprüfung in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder eine vergleichbare oder höherwertige Prüfung abgelegt hat.
- (4) Die Prüferinnen und Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.
- (5) <sup>1</sup>Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass der Kandidatin oder dem Kandidaten die Namen der Prüferinnen und Prüfer rechtzeitig, mindestens zwei Wochen vor dem Termin der jeweiligen Prüfung, bekannt gegeben werden. <sup>2</sup>Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend.

## § 10<sup>2</sup>

### Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungswidrigkeit

- (1) Eine Prüfungsleistung oder ein Teil davon ist nicht erbracht und mit 5,0 (nicht ausreichend) zu bewerten, wenn die Kandidatin oder der Kandidat zum festgesetzten Termin ohne wichtigen Grund nicht erscheint, oder sich gegenüber der Prüferin oder dem Prüfer bzw. gegenüber der oder dem Aufsichts-führenden nicht so ausweist, dass eine zweifelsfreie Feststellung der Identität möglich ist, oder sie oder er nach Beginn der Prüfung ohne wichtigen Grund von der Prüfung zurücktritt oder eine Prüfungsleistung zum festgesetzten Abgabetermin nicht abgibt.
- (2) <sup>1</sup>Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. <sup>2</sup>Bei Krankheit der Kandidatin oder des Kandidaten ist dem Prüfungsausschuss eine ärztliche Bescheinigung über das Vorliegen der Prüfungsunfähigkeit vorzulegen. <sup>3</sup>Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, wird der Kandidatin oder dem Kandidaten dieser Tatbestand schriftlich mitgeteilt und ein neuer Termin festgesetzt. <sup>4</sup>Die bereits vollständig vorliegenden Prüfungsergebnisse werden angerechnet.
- (3) Soweit die Einhaltung von Fristen für die erstmalige Meldung zur Prüfung, die Wiederholung von Prüfungen, die Gründe für das Versäumnis von Prüfungen und die Einhaltung von Bearbeitungszeiten für Prüfungsarbeiten betroffen sind, steht der Krankheit der Kandidatin oder des Kandidaten die Krankheit eines von ihr bzw. ihm überwiegend allein zu versorgenden Kindes gleich.
- (4) Versucht die Kandidatin oder der Kandidat, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung, z. B. Mitführen oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel, durch die Verwendung von Plagiaten oder durch unangemessene Einflussnahme auf eine Prüferin oder einen Prüfer zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet.
- (5) <sup>1</sup>Eine Kandidatin oder ein Kandidat, die oder der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer oder der Aufsicht führenden Person in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. <sup>2</sup>Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. <sup>3</sup>Wird die Kandidatin oder der Kandidat von der weiteren Erbringung einer Prüfungsleistung ausgeschlossen, kann sie oder er verlangen, dass diese Entscheidung vom Prüfungsausschuss überprüft wird.

- (6) <sup>1</sup>Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind der Kandidatin oder dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen und zu begründen. <sup>2</sup>Vor der Entscheidung ist der Kandidatin oder dem Kandidaten Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben.

## § 11<sup>1,2</sup>

### Familienregelung, Schutzvorschriften, Ausfallzeiten

- (1) <sup>1</sup>Auf Antrag einer Kandidatin sind die Mutterschutzfristen, wie sie im jeweils gültigen Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter (**MuSchG**) festgelegt sind, entsprechend zu berücksichtigen. <sup>2</sup>Dem Antrag sind die erforderlichen Nachweise beizufügen. <sup>3</sup>Die Mutterschutzfristen unterbrechen jede Frist nach dieser Prüfungsordnung; die Dauer des Mutterschutzes wird nicht in die Frist eingerechnet.
- (2) <sup>1</sup>Gleichfalls sind die Fristen der Elternzeit nach Maßgabe des jeweils gültigen Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (**BEEG**) auf Antrag zu berücksichtigen. <sup>2</sup>Die Kandidatin oder der Kandidat muss bis spätestens vier Wochen vor dem Zeitpunkt, von dem ab sie oder er die Elternzeit antreten will, dem Prüfungsausschuss unter Beifügung der erforderlichen Nachweise schriftlich mitteilen, für welchen Zeitraum oder für welche Zeiträume sie oder er eine Elternzeit in Anspruch nehmen will. <sup>3</sup>Der Prüfungsausschuss hat zu prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, die bei einer Arbeitnehmerin oder einem Arbeitnehmer einen Anspruch auf Elternzeit nach dem BErzGG auslösen würden und teilt das Ergebnis sowie gegebenenfalls die neu festgesetzten Prüfungsfristen der Kandidatin oder dem Kandidaten unverzüglich mit. <sup>4</sup>Die Bearbeitungsfrist der Masterarbeit kann nicht durch die Elternzeit unterbrochen werden. <sup>5</sup>Die gestellte Arbeit gilt als nicht vergeben. <sup>6</sup>Nach Ablauf der Elternzeit erhält die Kandidatin oder der Kandidat auf Antrag ein neues Thema.
- (3) <sup>1</sup>Auf Antrag zu berücksichtigen sind Ausfallzeiten aufgrund der Pflege oder Versorgung von Ehegatten, eingetragenen Lebenspartnern, in gerader Linie Verwandten oder ersten Grades Verschwägerten, wenn diese pflege- oder versorgungsbedürftig sind. <sup>2</sup>Das Prüfungsamt hat zu prüfen, ob die Voraussetzungen des Satzes 1 vorliegen. <sup>3</sup>Der Antrag ist unverzüglich nach Eintreten der Voraussetzungen zu stellen, dem Antrag sind aussagekräftige Nachweise beizufügen. <sup>4</sup>Das Prüfungsamt teilt das Ergebnis sowie gegebenenfalls die neu festgesetzten Prüfungsfristen dem Prüfling unverzüglich mit. <sup>5</sup>Die Bearbeitungsfrist einer Masterarbeit kann durch solche Ausfallzeiten nicht verlängert werden. <sup>6</sup>Die gestellte Arbeit gilt als nicht vergeben. <sup>7</sup>Nach Ablauf der Ausfallzeit erhält der Prüfling ein neues Thema.
- (4) <sup>1</sup>Macht eine Kandidatin oder ein Kandidat durch ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass sie bzw. er wegen einer chronischen Krankheit oder einer Behinderung im Sinne von § 2 Absatz 1 SGB IX nicht in der Lage ist, die Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder innerhalb der in dieser Ordnung genannten Prüfungsfristen abzulegen, gestattet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder ihre oder seine Stellvertretung der Kandidatin oder dem Kandidaten, die Verlängerung der Bearbeitungszeit für Prüfungsleistungen bzw. der Fristen für das Ablegen von Prüfungen oder das Ablegen gleichwertiger Prüfungsleistungen in einer bedarfsgerechten Form. <sup>2</sup>Entsprechendes gilt für Leistungsnachweise.

## § 12

### Nachteilsausgleich

- <sup>1</sup>Macht eine Kandidatin oder ein Kandidat durch ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass sie oder er wegen einer chronischen Krankheit oder einer Behinderung im Sinne von § 2 Absatz 1 SGB IX nicht in der Lage ist, die Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder innerhalb der in dieser Ordnung genannten Prüfungsfristen abzulegen, gestattet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder ihre/seine Stellvertreterin/Stellvertreter der Kandidatin oder dem Kandidaten, die Verlängerung der Bearbeitungszeit für Prüfungsleistungen bzw. der Fristen für das Ablegen von Prüfungen oder das Ablegen gleichwertiger Prüfungsleistungen in einer bedarfsgerechten Form. <sup>2</sup>Entsprechendes gilt für Leistungsnachweise.

### III. Masterprüfung

#### § 13<sup>\*1,2</sup>

#### Bewertung der Prüfungsleistungen, Notenbildung

- (1) Es gibt benotete Prüfungsleistungen.
- (2) <sup>1</sup>Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüferinnen oder Prüfern festgesetzt. <sup>2</sup>Für die Bewertung sind folgende Noten zu verwenden:
- |                       |   |  |
|-----------------------|---|--|
| 1 = sehr gut          | = | eine hervorragende Leistung,   |
| 2 = gut               | = | eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt,    |
| 3 = befriedigend      | = | eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht,                  |
| 4 = ausreichend       | = | eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt,             |
| 5 = nicht ausreichend | = | eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt. |
- <sup>3</sup>Zur differenzierten Bewertung können einzelne Noten um 0,3 auf Zwischenwerte erhöht oder erniedrigt werden; die Noten 0,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.
- (3) Die Modulnote lautet:
- |                        |                                  |                    |
|------------------------|----------------------------------|--------------------|
| bei einem Durchschnitt | bis einschließlich 1,5:          | sehr gut,          |
| bei einem Durchschnitt | über 1,5 bis einschließlich 2,5: | gut,               |
| bei einem Durchschnitt | über 2,5 bis einschließlich 3,5: | befriedigend,      |
| bei einem Durchschnitt | über 3,5 bis einschließlich 4,0: | ausreichend,       |
| bei einem Durchschnitt | über 4,0:                        | nicht ausreichend. |
- (4) Ein Modul ist bestanden, wenn die Modulabschlussprüfung mit „ausreichend“ (4,0) oder besser benotet ist.
- (5) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn sämtliche Module bestanden sind.
- (6) <sup>1</sup>Die Gesamtnote der Masterprüfung ergibt sich als das mit der jeweiligen Anzahl der Leistungspunkte gewichtete arithmetische Mittel der Noten der Module und der Masterarbeit. <sup>2</sup>Die Gesamtnote der bestandenen Masterprüfung lautet entsprechend den Angaben in Absatz 3. <sup>3</sup>Die Gesamtnote wird um eine Note nach der ECTS-Bewertungsskala ergänzt.
- (7) Bei der Bildung der Modulnoten und der Gesamtnote wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.
- (8) <sup>1</sup>Die Bewertungen der schriftlichen Prüfungsleistungen sind jeweils spätestens acht Wochen nach der Anfertigung den Kandidatinnen und Kandidaten mitzuteilen. <sup>2</sup>Die Bewertung einer mündlichen Prüfungsleistung ist den Kandidatinnen und Kandidaten unmittelbar nach der abgeschlossenen Prüfung mitzuteilen und zu begründen.

#### § 14

#### Zulassung zur Prüfung

- (1) Vor der Meldung zur ersten Prüfungsleistung ist zu den durch Aushang oder im Internet bekanntgegebenen Terminen schriftlich die Zulassung zu den Prüfungen des Masterstudiengangs zu beantragen.
- (2) Dem Antrag auf Zulassung sind beizufügen:
1. Die Nachweise über das Vorliegen der in § 4 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
  2. Eine Erklärung darüber, ob die Kandidatin oder der Kandidat bereits eine Prüfung in einem wirtschaftswissenschaftlichen Master- oder Diplomstudiengang nicht oder endgültig nicht be-



standen hat, ob sie oder er den Prüfungsanspruch in einem solchen Studiengang verloren hat oder ob sie oder er sich in einem anderen Prüfungsverfahren befindet. Ist oder war die Kandidatin oder der Kandidat in einem anderen Diplom- oder Masterstudiengang eingeschrieben, hat sie oder er eine Leistungsübersicht des für diesen Studiengang zuständigen Prüfungsamtes vorzulegen.

- (3) Über die Zulassung entscheidet der Prüfungsausschuss.
- (4) Die Zulassung ist abzulehnen, wenn
  1. die in § 4 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder
  2. die Unterlagen unvollständig sind oder
  3. die Bachelorprüfung, Masterprüfung, Diplom-Vorprüfung oder Diplomprüfung in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes endgültig nicht bestanden worden ist oder der Prüfungsanspruch für eine solche Prüfung verloren wurde oder
  4. eine Prüfung an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die gleichwertig zu einer Modulabschlussprüfung oder Zwischenprüfung, die Gegenstand des vorliegenden Studienganges ist, endgültig nicht bestanden worden ist oder der Prüfungsanspruch für eine solche Prüfung verloren wurde oder
  5. die bzw. der Studierende sich in einem anderen Prüfungsverfahren eines vergleichbaren Studienganges an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes befindet und keine beachtlichen Gründe für ein gleichzeitiges anderes Prüfungsverfahren vorliegen.
- (5) In besonderen Ausnahmefällen kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die vorläufige Zulassung aussprechen unter dem Vorbehalt, dass fehlende Nachweise anderer Hochschulen nachgereicht werden.
- (6) Die Zulassung ist zu widerrufen, wenn die Versagungsgründe nach Absatz 4 erst nach erfolgter Zulassung eintreten oder bekannt werden.

## **§ 15<sup>\*2</sup>**

### **Umfang der Masterprüfung**

- (1) Das Studium besteht aus den in Anhang aufgeführten Modulen.
- (2) <sup>1</sup>Zu jedem Modul ist eine Modulabschlussprüfung abzulegen, die studienbegleitend gestellt wird. <sup>2</sup>Eine Modulabschlussprüfung kann entweder aus einer oder aus mehreren Prüfungsleistungen bestehen, wobei unterschiedliche Prüfungsformen eingesetzt und kombiniert werden können. <sup>3</sup>Die Prüfungsformen und Modalitäten der Prüfungsleistungen müssen spätestens in den ersten vier Wochen der Vorlesungszeit des Semesters, in dem die zugehörige Veranstaltung stattfindet, von der Prüferin bzw. dem Prüfer festgelegt und durch Aushang oder Bekanntgabe im Internet veröffentlicht werden; dies gilt nicht für die Masterarbeit.
- (3) Für Module, die aus einem anderen Studiengang übernommen werden, gelten grundsätzlich die Bestimmungen der Prüfungsordnung des Studienganges, aus dem das Modul stammt.
- (4) Gegenstand der Modulabschlussprüfungen sind die im jeweiligen Modul vermittelten Kompetenzen.

## **§ 16<sup>\*2</sup>**

### **Prüfungsformen in Prüfungsleistungen**

Mögliche Prüfungsformen sind:

- a) Klausuren:

<sup>1</sup>In den Klausuren soll ein Prüfling nachweisen, dass er in begrenzter Zeit und mit beschränkten Hilfsmitteln Probleme mit den geläufigen Methoden des jeweiligen Faches bearbeiten und Wege zu ihrer Lösung finden kann. <sup>2</sup>Die Dauer einer Klausur beträgt grundsätzlich zwischen einer und drei Zeitstunden. <sup>3</sup>Klausuren können nicht im Antwort-Wahl-Verfahren durchgeführt werden.

- b) Mündliche Prüfungen:

<sup>1</sup>Mündliche Prüfungen werden entweder von zwei Prüferinnen oder Prüfern als Kollegialprüfung oder von einer Prüferin oder einem Prüfer in Gegenwart einer sachkundigen Beisitzerin oder eines sachkundigen Beisitzers als Gruppenprüfung mit maximal drei Kandidaten oder als Einzelprüfung abgenommen und dauern mindestens 15 und höchstens 30 Minuten je Kandidatin oder Kandidat. <sup>2</sup>Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten, das die Beisitzerin oder der Beisitzer führt. <sup>3</sup>Studierende, die sich zu einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörerinnen oder Zuhörer zugelassen, sofern nicht eine Kandidatin oder ein Kandidat widerspricht. <sup>4</sup>Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

c) Hausaufgaben:

<sup>1</sup>Hausaufgaben bestehen aus einer von der Prüferin oder vom Prüfer vorgegebenen Folge von Aufgaben, die jeweils bis zu einer festgesetzten Frist selbstständig zu bearbeiten und bei der Prüferin oder dem Prüfer abzugeben sind. <sup>2</sup>Hierzu können die Besprechung der Aufgabe und die Diskussion etwaiger Probleme gehören.

d) Hausarbeiten und Projektarbeiten:

<sup>1</sup>Eine Haus- oder Projektarbeit ist die eigenständige Bearbeitung eines vorgegebenen Themas oder Problems. <sup>2</sup>Hierzu zählen insbesondere die Informations- und Materialrecherche, die Strukturierung der Inhalte, das Anfertigen einer Gliederung und die Ausarbeitung eines schriftlichen Manuskripts gemäß der bei wissenschaftlichen Arbeiten üblichen Form.

e) Präsentationen:

Eine Präsentation ist die Darstellung eines vorgegebenen Themas unter Zuhilfenahme geeigneter Mittel im Rahmen eines mündlichen Vortrags mit Aussprache.

f) f) Fallstudien und Planspiele:

<sup>1</sup>In einer Fallstudie oder einem Planspiel ist die gemeinsame Bearbeitung einer Problemsituation vorgesehen. <sup>2</sup>Hierzu zählen insbesondere die Einarbeitung in die vorgesehene Problemsituation und deren Präsentation, die Auseinandersetzung mit der zugewiesenen Rolle, die individuelle und gemeinsame Bearbeitung der anstehenden Aufgaben sowie die Dokumentation und Begründung der getroffenen Entscheidungen.

## § 17

### Durchführung der Prüfungen

- (1) <sup>1</sup>Zu jeder Studien- und Prüfungsleistung wie auch zur Masterarbeit ist eine gesonderte Meldung erforderlich. <sup>2</sup>Diese Meldung kann nur erfolgen, soweit und solange die Voraussetzungen zur Zulassung zur Masterprüfung (§ 14) erfüllt sind. <sup>3</sup>Die Meldungen können nur zu den durch Aushang bekannt gemachten Terminen entweder schriftlich durch Abgabe eines schriftlichen Antrages auf Zulassung zu der Prüfung beim Prüfungsausschuss oder elektronisch durch das Online-Meldesystem des Prüfungsamtes erfolgen; die Art, wie die Meldung erfolgt, wird vom Prüfungsausschuss festgelegt. <sup>4</sup>Bis spätestens eine Woche vor dem festgelegten Prüfungstermin kann sich die Kandidatin oder der Kandidat schriftlich oder elektronisch über das Online-Meldesystem des Prüfungsamtes von der Prüfung abmelden. <sup>5</sup>Die Termine für die Meldung wie auch für den Rücktritt sind Ausschlussfristen.
- (2) Für Modulabschlussprüfungen, die in Form einer Klausur erfolgen, werden zwei Prüfungstermine pro Jahr angeboten.
- (3) Ist ein Modul erfolgreich abgeschlossen und mit der Note „ausreichend“ (4,0) oder besser bewertet, dann werden für dieses Modul die in Anlage 1 angegebenen Leistungspunkte gutgeschrieben.
- (4) <sup>1</sup>Für jede Kandidatin und jeden Kandidaten, die bzw. der zur Masterprüfung zugelassen ist, wird ein Leistungspunkte-Konto im Prüfungsamt eingerichtet. <sup>2</sup>Die Kandidatin oder der Kandidat kann in den Stand ihres oder seines Kontos Einblick nehmen.

## § 18<sup>1,2</sup>

### Grundsätze für den Erwerb von Leistungspunkten

- (1) <sup>1</sup>Durch Modulabschlussprüfungen können Leistungspunkte nur erworben werden, wenn

1. die zugehörigen Lehrveranstaltungen für den Masterstudiengang ausgewiesen sind,
2. das Modul gemäß § 13 Absatz 5 bestanden ist, und
3. keine Leistungspunkte für die gleiche Prüfung erworben oder angerechnet wurden.

<sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss entscheidet im Zweifel, welche Lehrveranstaltungen gleich im Sinne von Satz 1 Nr. 4 sind.

- (2) <sup>1</sup>Für zwei Wahlpflichtmodule ist ein einmaliger Wechsel einer gewählten Alternative möglich. <sup>2</sup>Der Wechsel kann nur erfolgen, wenn die betreffende Modulabschlussprüfung zum ersten Male nicht bestanden wurde. <sup>3</sup>Die erworbenen Leistungspunkte wie auch die nicht bestandene Prüfung werden gestrichen. <sup>4</sup>Der Wechsel ist schriftlich gegenüber dem Prüfungsausschuss zu erklären.

## § 19 Seminarleistungen

- (1) <sup>1</sup>In einem Seminar besteht die Modulabschlussprüfung aus mehreren Prüfungsleistungen (Seminarleistung). <sup>2</sup>Diese sind in der Regel eine schriftliche Hausarbeit und eine Präsentation mit Diskussion, es sind aber auch andere Prüfungsformen möglich. In den Präsenzsitzungen des Seminars besteht grundsätzlich Anwesenheitspflicht.
- (2) Die Hausarbeit kann auch als Gruppenarbeit erbracht werden, wobei die individuellen Beiträge deutlich unterscheidbar sein müssen.
- (3) <sup>1</sup>Die Kandidatin oder der Kandidat fügt einer Hausarbeit eine schriftliche Versicherung hinzu, dass sie oder er die Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie Zitate kenntlich gemacht hat; die Versicherung ist auch für Tabellen, Skizzen, Zeichnungen, bildliche Darstellungen usw. abzugeben. <sup>2</sup>Zur Plagiatsprüfung hat die bzw. der Studierende auf Verlangen der Seminarveranstalterin bzw. des Seminarveranstalters eine elektronische Version der Hausarbeit abzugeben.

## § 20<sup>\*1,2</sup> Masterarbeit

- (1) <sup>1</sup>Die Masterarbeit soll zeigen, dass die Kandidatin oder der Kandidat in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem mit wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen. <sup>2</sup>Die Masterarbeit muss inhaltlich aus dem Gebiet der Betriebswirtschaftslehre oder des Wirtschaftsrechts stammen und sollte eine Fragestellung aus den Pflichtmodulen des Studiengangs behandeln (vgl. Anhang 1 Modulübersicht). <sup>3</sup>Die Kandidatin oder der Kandidat hat für die Themenstellung ein Vorschlagsrecht.
- (2) <sup>1</sup>Die Masterarbeit kann von jeder Prüferin oder von jedem Prüfer gemäß § 9 Absatz 2 betreut werden. <sup>2</sup>Bei der Betreuung der Masterarbeit können wissenschaftliche Mitarbeiterinnen oder wissenschaftliche Mitarbeiter mitwirken. <sup>3</sup>Die Ausgabe des Themas erfolgt über die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. <sup>4</sup>Der Ausgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. <sup>5</sup>Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb einer Frist von einer Woche nach dem Ausgabezeitpunkt zurückgegeben werden.
- (3) <sup>1</sup>Als Voraussetzung für den Antrag auf Zulassung zur Anfertigung der Masterarbeit muss die Kandidatin oder der Kandidat **mindestens 70 Leistungspunkte** erworben haben. <sup>2</sup>In den entsprechenden Leistungen muss mindestens ein Seminar enthalten sein.
- (4) <sup>1</sup>Die Bearbeitungszeit von der Ausgabe des Themas bis zur Abgabe der Masterarbeit beträgt 14 Wochen. <sup>2</sup>Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Arbeit sind so zu begrenzen, dass die Bearbeitungszeit eingehalten werden kann. <sup>3</sup>Auf einen innerhalb der Frist nach Satz 1 gestellten Antrag kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Bearbeitungszeit in Ausnahmefällen um bis zu zwei Wochen verlängern. <sup>4</sup>Bei einem Antrag auf Verlängerung wegen Krankheit ist § 10 Absatz 2 entsprechend anzuwenden. <sup>5</sup>In allen übrigen Fällen setzt die Verlängerung der Bearbeitungszeit voraus, dass die Themenstellerin oder der Themensteller diese Verlängerung befürwortet.
- (5) <sup>1</sup>Der Umfang der Masterarbeit soll 60 Textseiten nicht überschreiten. <sup>2</sup>Die Masterarbeit kann in deutscher oder im Einvernehmen mit der Prüferin oder dem Prüfer in englischer Sprache abgefasst werden. <sup>3</sup>Der Prüfungsausschuss kann auf Antrag andere Sprachen zulassen. <sup>4</sup>Die Stellen der Arbeit, die anderen Werken dem Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, müssen in

jedem Fall unter Angabe der Quellen der Entlehnung kenntlich gemacht werden.<sup>5</sup>Die Kandidatin oder der Kandidat fügt der Arbeit eine schriftliche Versicherung hinzu, dass sie oder er die Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie Zitate kenntlich gemacht hat; die Versicherung ist auch für Tabellen, Skizzen, Zeichnungen, bildliche Darstellungen usw. abzugeben.<sup>6</sup>Die Masterarbeit ist als maschinengeschriebener Text in zwei gebundenen Exemplaren bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses abzuliefern.<sup>7</sup>Zusätzlich ist zur Plagiatsprüfung eine elektronische Version der Masterarbeit auf einem geeigneten Speichermedium abzugeben.<sup>8</sup>Die Kandidatin oder der Kandidat muss schriftlich versichern, dass die elektronische Version mit der gedruckten Version inhaltlich übereinstimmt.<sup>9</sup>Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen.<sup>10</sup>Bei Zustellung der Arbeit durch die Post ist der Zeitpunkt der Aufgabe bei der Post maßgebend.

- (6) Die Masterarbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der einzelnen Kandidatin oder des einzelnen Kandidaten aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist.
- (7) <sup>1</sup>Die Masterarbeit ist von zwei Prüferinnen oder Prüfern zu bewerten. <sup>2</sup>Die erste Prüferin oder der erste Prüfer soll die Themenstellerin oder der Themensteller sein; die zweite Prüferin oder den zweiten Prüfer bestimmt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. <sup>3</sup>Die einzelne Bewertung ist entsprechend § 13 Absatz 3 vorzunehmen und schriftlich zu begründen. <sup>4</sup>Die Note der Masterarbeit wird aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen entsprechend § 13 gebildet, sofern die Differenz nicht mehr als 2,0 beträgt. <sup>5</sup>Beträgt die Differenz mehr als 2,0, wird von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses eine dritte Prüferin oder ein dritter Prüfer zur Bewertung der Masterarbeit bestimmt. <sup>6</sup>In diesem Fall wird die Note der Masterarbeit aus dem arithmetischen Mittel der beiden besseren Noten gebildet.
- (8) Eine nicht fristgerecht abgelieferte Masterarbeit gilt als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.
- (9) Die Bewertung der Masterarbeit ist der Kandidatin oder dem Kandidaten bzw. bei einer Gruppenarbeit den Kandidaten spätestens acht Wochen nach dem Abgabetermin mitzuteilen.
- (10) Für die mit „ausreichend“ (4,0) oder besser bewertete Masterarbeit erwirbt die Kandidatin oder der Kandidat 18 Leistungspunkte.

## **§ 21<sup>\*2</sup>**

### **Wiederholung von Prüfungen**

- (1) <sup>1</sup>Eine nicht bestandene Modulabschlussprüfung kann zweimal wiederholt werden. <sup>2</sup>Besteht die Modulabschlussprüfung aus mehreren Prüfungsleistungen, dann können einzelne mit „nicht ausreichend“ bewertete Prüfungsleistungen zweimal wiederholt werden, solange das Modul als Ganzes nicht bestanden ist.
- (2) Eine nicht bestandene Masterarbeit kann nur einmal wiederholt werden.
- (3) Eine bestandene Modulabschlussprüfung sowie die bestandene Masterarbeit können nicht wiederholt werden.
- (4) Die Wiederholung einer nicht bestandenen Prüfungsleistung soll spätestens im folgenden Studienjahr erfolgen.
- (5) Zur Wiederholung der entsprechenden Studien- oder Prüfungsleistung bedarf es einer erneuten Meldung gemäß § 17 Absatz 1 bzw. 2.
- (6) <sup>1</sup>Eine Prüfungsleistung, deren Nichtbestehen zum endgültigen Nichtbestehen der Masterprüfung führt, ist von einer zweiten Prüferin oder einem zweiten Prüfer zu bewerten. <sup>2</sup>Die Note der Prüfungsleistung ergibt sich in diesem Fall aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen.

## **§ 22<sup>\*1</sup>**

### **Zusatzleistungen**

- (1) Die Kandidatin oder der Kandidat kann auf Antrag weitere Studien- und Prüfungsleistungen erbringen.

- (2) <sup>1</sup>Zusatzleistungen können aus den nicht gewählten Modulen des Masterstudiengangs „Accounting, Auditing and Taxation“ stammen. <sup>2</sup>Zusatzleistungen können auch Studien- und Prüfungsleistungen eines anderen Master-, Diplom- oder Bachelorstudiengangs sein.
- (3) Eine nicht bestandene Zusatzleistung kann zweimal wiederholt werden, sofern die Masterprüfung noch nicht bestanden ist.
- (4) Zusatzleistungen werden bei der Ermittlung der Gesamtnote gemäß § 13 Absatz 7 nicht berücksichtigt; für Zusatzleistungen werden keine Leistungspunkte gutgeschrieben.

### § 23

#### Bestehen der Masterprüfung

- (1) Die Masterprüfung ist bestanden, sobald die Kandidatin oder der Kandidat 120 Leistungspunkte gemäß Anhang 1 Modulübersicht erworben hat.
- (2) Wer am Ende des ersten Studienjahres nicht mindestens 30 Leistungspunkte erworben hat, hat der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses darzulegen, weshalb sie oder er dazu nicht in der Lage war; weiterhin ist darüber zu beraten, ob und wie es sinnvoll erscheint, das Studium fortzusetzen.
- (3) Die Masterprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn
  - 1. eine Modulabschlussprüfung gemäß § 21 Absatz 2 zum dritten Male nicht bestanden worden ist oder
  - 2. die Masterarbeit zum zweiten Male mit der Note „nicht ausreichend“ bewertet worden ist.
- (4) <sup>1</sup>Über die endgültig nicht bestandene Masterprüfung wird der Kandidatin oder dem Kandidaten ein Bescheid in schriftlicher Form erteilt. <sup>2</sup>Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. <sup>3</sup>Über die erbrachten Prüfungsleistungen wird eine Bescheinigung mit den erzielten Leistungspunkten und Noten ausgestellt.

### § 24<sup>2</sup>

#### Urkunde, Zeugnis, Transcript of Records und Diploma Supplement

- (1) <sup>1</sup>Hat die Absolventin oder der Absolvent die Masterprüfung bestanden, erhält sie oder er über die Ergebnisse eine Urkunde, ein Zeugnis und ein Transcript of Records, welche das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist, tragen, sowie ein Diploma Supplement. <sup>2</sup>Die Urkunde und das Zeugnis werden von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und der Dekanin oder dem Dekan der Fakultät, das Transcript of Records und das Diploma Supplement von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Fakultät (Urkunde) oder des Prüfungsausschusses (Zeugnis, Transcript of Records, Diploma Supplement) versehen.
- (2) In der Urkunde wird die Verleihung des Mastergrades gemäß § 3 beurkundet.
- (3) <sup>1</sup>Das Zeugnis enthält das Thema der Masterarbeit und deren Note sowie die Gesamtnote der Masterprüfung. <sup>2</sup>Auf Antrag der Absolventin oder des Absolventen wird in das Zeugnis auch die bis zum Abschluss der Masterprüfung benötigte Fachstudiendauer aufgenommen. <sup>3</sup>Zudem wird auf Antrag die Äquivalenz, der im Rahmen der Zusatzleistungen erbrachten Leistungspunkte, in Studiensemestern, bescheinigt.
- (4) <sup>1</sup>In das Transcript of Records werden sämtliche Prüfungsleistungen, in denen Leistungspunkte erworben wurden, und die dabei erzielten Noten aufgenommen. Die Prüfungsleistungen werden nach Modulen gemäß Anlage geordnet ausgewiesen. <sup>3</sup>Auf Antrag der Absolventin oder des Absolventen werden in das Transcript of Records auch die Ergebnisse von Prüfungen in Zusatzleistungen aufgenommen.
- (5) Mit dem Zeugnis über den Abschluss des Masterstudiums wird ein Diploma Supplement ausgehändigt. Das Diploma Supplement enthält Angaben zum Studiengang, zu seinen Voraussetzungen und Inhalten, zum Benotungssystem und zur Art des Abschlusses. Das Diploma Supplement wird durch Informationen über die Hochschule und das deutsche Studiensystem ergänzt.

## IV. Sonderbestimmungen

### § 25<sup>\*2</sup>

#### Anrechnung von Prüfungsleistungen gemäß § 13b WPO

- (1) Kandidatinnen und Kandidaten des Masterstudiengangs Accounting, Auditing and Taxation der Universität Siegen können eine Anrechnung der Prüfungsleistungen in der Klausur „Angewandte Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre“ und der Klausur „Wirtschaftsrecht“ des Wirtschaftsprüferexamens nach § 13b WPO anstreben. Hierfür ist die fachliche Eignung der Kandidatinnen und Kandidaten nachzuweisen. Der Nachweis der fachlichen Eignung bestimmt sich nach den Vorgaben der „Satzung über die Prüfungen für die Anrechnung zum Wirtschaftsprüferexamen im Masterstudiengang „Accounting, Auditing and Taxation“.
- (2) Jede oder jeder Studierende, der eine Anrechnung anstrebt, muss im ersten Semester des Masterstudiums erfolgreich an einer Zugangsprüfung teilnehmen, in der die bereits vorliegenden Fachkenntnisse in anrechnungsrelevanten Gebieten hochschulinterner sowie hochschulfremder Studierender überprüft werden. In dieser Zugangsprüfung sind Prüfungsleistungen nach Maßgabe des Referenzrahmens zu § 4 der Wirtschaftsprüfungsexamens-Anrechnungsverordnung (WPAAnrV) zu erbringen.
- (3) Nach erfolgreichem Abschluss der Zugangsprüfung ist zur Anrechnung von Prüfungsleistungen auf das Wirtschaftsprüferexamen die erfolgreiche Teilnahme an den anrechnungsrelevanten Veranstaltungen aus dem bestehenden Studienangebot des Masterstudiengangs „Accounting, Auditing and Taxation“ erforderlich. Die Einzelheiten sind in der „Satzung über die Prüfungen für die Anrechnung zum Wirtschaftsprüferexamen im Masterstudiengang „Accounting, Auditing and Taxation“ geregelt.
- (4) Ergänzend zur erfolgreichen Teilnahme an den erforderlichen Veranstaltungen des Masterstudiengangs „Accounting, Auditing and Taxation“ sind zum Ende des Studiums mündliche Prüfungen für alle Bereiche abzulegen, in denen die Kandidatinnen und Kandidaten die Anrechnung beantragen möchten. Die mündliche Prüfung zur Anerkennung von Prüfungsleistungen im Wirtschaftsprüferexamen wird in jedem Semester einmalig angeboten. Näheres sowie Inhalt, Umfang und Form sind in der „Satzung über die Prüfungen für die Anrechnung zum Wirtschaftsprüferexamen im Masterstudiengang „Accounting, Auditing and Taxation“ entsprechend der Regelung in § 27 dieser Prüfungsordnung festgelegt.

### § 26<sup>\*1,2</sup>

#### Gesonderter Ausschuss für die Anrechnung gemäß § 13b WPO

- (1) <sup>1</sup>Zur Umsetzung der Vorgaben der Wirtschaftsprüferkammer bildet die Fakultät einen gesonderten Ausschuss (WPK-Ausschuss). Aufgabe dieses Ausschusses ist die Sicherstellung der für die Anrechnung der universitären Prüfungsleistungen auf das Wirtschaftsprüferexamen erforderlichen Qualitätsstandards. <sup>2</sup>Er erlässt insbesondere Empfehlungen zur Belegung derjenigen Module, die zur Anrechnung der universitären Studien- und Prüfungsleistungen für die Fächer „Angewandte Betriebswirtschaftslehre/Volkswirtschaftslehre“ bzw. „Wirtschaftsrecht“ geeignet sind. <sup>3</sup>Die Empfehlungen des Ausschusses werden rechtzeitig in geeigneter Form bekannt gegeben.
- (2) <sup>1</sup>Der Ausschuss besteht aus drei Professorinnen bzw. Professoren, zwei Vertreterinnen bzw. Vertretern aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und einer Vertreterin bzw. einem Vertreter aus der Gruppe der Studierenden des Masterstudiengangs „Accounting, Auditing and Taxation“. <sup>2</sup>Zudem ist eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter je Gruppe zu wählen. <sup>3</sup>Die Professorinnen bzw. Professoren müssen die Fächer „Allgemeine Betriebswirtschaftslehre/Volkswirtschaftslehre“ und „Wirtschaftsrecht“ repräsentieren und im Studiengang Master Accounting, Auditing and Taxation lehren und prüfen. <sup>4</sup>Der Fakultätsrat wählt auf Vorschlag seiner Mitgliedergruppen die Mitglieder des Ausschusses und die Stellvertreterinnen und Stellvertreter. <sup>5</sup>Die Amtszeit der Mitglieder des Ausschusses beträgt zwei Jahre. <sup>6</sup>Wiederwahl ist zulässig.
- (3) <sup>1</sup>Der Ausschuss wählt aus dem Kreis der ihm angehörenden Professorinnen und Professoren eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und ihre oder seine Stellvertreterin oder ihren oder seinen Stellvertreter. <sup>2</sup>Die Sitzungen des Ausschusses sind nicht öffentlich. <sup>3</sup>Die Mitglieder des Ausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit; sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, werden sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Ausschusses zur Verschwiegenheit verpflichtet. <sup>4</sup>Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn insgesamt die Hälfte seiner Mitglieder an-

wesend ist. <sup>5</sup>Er beschließt mit einfacher Mehrheit. <sup>6</sup>Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden.

- (4) <sup>1</sup>Zur Sicherstellung der Qualitätsstandards kann die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende vor jedem Prüfungstermin die Prüfungsaufgaben von den betreffenden Prüferinnen und Prüfern zur Einsicht anfordern. <sup>2</sup>Ist sie bzw. er der Ansicht, dass die Prüfungsaufgaben nicht den Qualitätsstandards entsprechen, kann sie bzw. er nach Rücksprache mit den übrigen Professorinnen bzw. Professoren des Ausschusses die betreffende Prüferin bzw. den betreffenden Prüfer zur Nachbesserung der Prüfungsaufgabe auffordern.

## **§ 27<sup>\*2</sup>**

### **Ergänzende mündliche Prüfung**

- (1) <sup>1</sup>Kandidatinnen **und** Kandidaten, die eine Anrechnung ihrer im Hochschulstudium zu erbringenden Prüfungsleistungen für das Wirtschaftsprüferexamen gemäß § 13b WPO anstreben, müssen zusätzlich eine ergänzende mündliche Prüfung in dem Fach ablegen, in dem sie die Anrechnung beantragen wollen. <sup>2</sup>Inhalt, Umfang und Form lehnen sich an die betreffende mündliche Prüfung des Wirtschaftsprüferexamens an.
- (2) Die mündliche Prüfung im Fach „Angewandte Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre“ erstreckt sich über 60 Minuten und im Fach „Wirtschaftsrecht“ über weitere 30 Minuten. Sie ist eine Kollegialprüfung von mindestens zwei Prüferinnen und Prüfern und kann als Gruppenprüfung mit bis zu 3 Kandidatinnen und Kandidaten durchgeführt werden.
- (3) <sup>1</sup>Die Prüfungstermine und die Anmeldefristen werden rechtzeitig in geeigneter Form bekannt gegeben. <sup>2</sup>Die Prüfungen werden zweimal im Jahr abgenommen.
- (4) <sup>1</sup>Zur Bewertung der ergänzenden mündlichen Prüfung sind die Noten gemäß § 13 Absatz 3 heranzuziehen. <sup>2</sup>Die ergänzende mündliche Prüfung ist bestanden, wenn die Kandidatinnen **und** Kandidaten mindestens die Note 4,0 erzielen. <sup>3</sup>Bei Nichtbestehen kann die ergänzende mündliche Prüfung einmal wiederholt werden. <sup>4</sup>Das Ergebnis der ergänzenden mündlichen Prüfung geht nicht in die Gesamtnote des Masterstudiums ein.

## **V. Schlussbestimmungen**

### **§ 28<sup>\*2</sup>**

#### **Ungültigkeit der Masterprüfung und Aberkennung des Mastergrads**

- (1) <sup>1</sup>Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Absolventin oder der Absolvent hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. <sup>2</sup>Hat die Absolventin oder der Absolvent die Zulassung zu einer Prüfung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, oder hat sie oder er bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.
- (2) Vor einer Entscheidung ist der oder dem Betroffenen Gelegenheit zur Äußerung zu geben.
- (3) <sup>1</sup>Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. <sup>2</sup>Eine Entscheidung nach Absatz 1 und 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.
- (4) <sup>1</sup>Ist die Prüfung aufgrund einer Täuschung insgesamt für nicht bestanden erklärt worden, ist der Mastergrad abzuerkennen und die Masterurkunde einzuziehen. <sup>2</sup>Über die Aberkennung entscheidet der Prüfungsausschuss. Für die Rücknahme der Gradverleihung gelten § 48 Absätze 1 und 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen. Die Rücknahme ist nur innerhalb von fünf Jahren seit dem Zeitpunkt der Gradverleihung zulässig. Der Zeitraum zwischen Einleitung und Beendigung eines Verwaltungsverfahrens zur Prüfung der Rücknahme der Gradverleihung wird auf die Fünfjahresfrist nach Satz 4 nicht eingerechnet.

## § 29<sup>\*2</sup>

### Einsicht in die Prüfungsakten

- (1) Der Absolventin oder dem Absolventen wird auf Antrag Einsicht in ihre oder seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, in die korrigierte Masterarbeit, die darauf bezogenen Gutachten der Prüferinnen und Prüfer und in die Prüfungsprotokolle gewährt
- (2) <sup>1</sup>Der Antrag ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe der jeweiligen Prüfungsergebnisse bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen. <sup>2</sup>Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

## § 30

### Zeitlicher Anwendungsbereich, Übergangsregelung

- (1) <sup>1</sup>Diese Prüfungsordnung findet auf alle Studierende Anwendung, die sich ab dem Wintersemester 2012/13 erstmalig für den Masterstudiengang „Accounting, Auditing and Taxation“ an der Universität Siegen eingeschrieben haben (AAT PO 2012). <sup>2</sup>Studierende, die vor dem Wintersemester in den Studiengang eingeschrieben wurden, legen die Masterprüfung nach der im Sommersemester 2012 geltenden Prüfungsordnung ab (AAT PO 2007), es sei denn, sie haben die Anwendung der neuen Prüfungsordnung beantragt. <sup>3</sup>Der Antrag ist schriftlich an das Prüfungsamt zu richten und kann nicht widerrufen werden.
- (2) Die Anrechnung von im Masterstudiengang AAT PO 2007 erbrachten Prüfungsleistungen richtet sich nach den allgemeinen Bestimmungen in § 31 dieser Prüfungsordnung.
- (3) <sup>1</sup>Das Studien- und Prüfungsangebot nach der Prüfungsordnung AAT PO 2007 wird durch das Angebot im Masterstudiengang AAT PO 2012 sowie durch die verschiedenen Bachelor- und Masterstudiengänge der Fakultät III bis zum Ende des Wintersemesters 2014/15 sichergestellt. <sup>2</sup>Nach Ende des Wintersemesters 2014/15 können keine studienbegleitenden Abschlussprüfungen und Seminare nach der Prüfungsordnung AAT PO 2007 abgelegt werden. <sup>3</sup>Stichtag für die Abgabe der Masterarbeit ist der 31.03.2015.

## § 31<sup>\*1</sup>

### Regelungen zur Anrechnung von erbrachten Prüfungsleistungen

<sup>1</sup>Erbrachte Prüfungsleistungen gem. AAT PO 2007, welche nicht mehr Bestandteil der Pflichtmodule dieser Prüfungsordnung sind, können in dem Wahlpflichtbereich gem. Anhang 1 dieser Prüfungsordnung bis zum Erreichen der geforderten Leistungspunkte angerechnet werden. <sup>2</sup>Sofern die geforderten Leistungspunkte bereits erbracht sind, werden darüber hinausgehende Prüfungsleistungen gesondert im [Transcript of Records](#) (§ 24) aufgeführt. <sup>3</sup>Nach AAT PO 2007 erbrachte Prüfungsleistungen, welche nicht dem Leistungspunkteumfang dieser Prüfungsordnung entsprechen, werden dem zugeordneten Modul in dem maximal möglichen Leistungspunkteumfang anerkannt, auch wenn der nach AAT PO 2007 erbrachte Leistungspunkteumfang geringer ist als der zu erbringende Leistungspunkteumfang nach dieser Prüfungsordnung.

## § 32<sup>\*</sup>

### Inkrafttreten und Veröffentlichung

Diese Vorschrift regelt das Inkrafttreten der ursprünglichen Prüfungsordnung. Diese Bekanntmachung enthält die vom 1. Oktober 2013 und 1. Oktober 2017 an geltenden Fassungen.



**Anhang: Modulübersicht<sup>2</sup>**

## Spezialisierungsbereich Accounting/Auditing

<b>Module</b>	<b>30 LP</b>	<b>17 SWS</b>
Advanced Accounting	9 LP	6 SWS
Auditing	9 LP	6 SWS
Governance & Valuation	6 LP	4 SWS
Seminar Accounting, Auditing & Governance	6 LP	4 SWS

## Spezialisierungsbereich Taxation

<b>Module</b>	<b>30 LP</b>	<b>14 SWS</b>
Betriebswirtschaftliche Steuerlehre	9 LP	6 SWS
Verfahrensrecht und Substanzsteuern	9 LP	6 SWS
Internationale Besteuerung und Umwandlungssteuerrecht	6 LP	4 SWS
Seminar Taxation	6 LP	4 SWS

## Vertiefungsbereich Wirtschafts- und Rechtswissenschaften

<b>Module</b>	<b>18 LP</b>	<b>9 SWS</b>
Strategisches Controlling	9 LP	6 SWS
Gesellschafts- und Handelsrecht	9 LP	5 SWS

## Wahlpflichtbereich

<b>Module</b>	<b>24 LP</b>	<b>16 SWS</b>
Wahlmodul 1	6 LP	4 SWS
Industrial Economics & Competition Policy in Europe		
International Trade and Investment		
Monetary Policy and Public Economics in Europe		
Elektronische Steuerberatung		
Wahlmodul 2	9 LP	6 SWS
Betriebliche Informationssysteme		
Wirtschaftsrecht I		
Wirtschaftsrecht II		
Risikomanagement I – Treasurymanagement		
Risikomanagement II – Marktpreisrisikomanagement		
Risikomanagement III – Risikomanagement in Banken		
Personalmanagement und Organisation		
Entscheidungsmanagement		
AAT-Forschungsprojekt		
Tax Compliance und Verkehrssteuern		
Operative Unternehmensführung und Praxis der Strategieentwicklung		
Wahlmodul 3	9 LP	6 SWS
Betriebliche Informationssysteme		
Wirtschaftsrecht I		

Wirtschaftsrecht II
Risikomanagement I – Treasurymanagement
Risikomanagement II – Marktpreisrisikomanagement
Risikomanagement III –Risikomanagement in Banken
Personalmanagement und Organisation
Entscheidungsmanagement
AAT-Forschungsprojekt
Tax Compliance und Verkehrssteuern
Operative Unternehmensführung und Praxis der Strategieentwicklung

Masterarbeit

<b>Modul</b>	<b>18 LP</b>	<b>0 SWS</b>
Masterarbeit	18 LP	0 SWS

LESEFASSUNG

<sup>\*1</sup> § 4, § 13, §18, § 20, § 22, § 26, § 31 und Anhang geändert durch Amtliche Mitteilung 9/2015 „Ordnung zur Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang „Accounting, Auditing and Taxation“ der Universität Siegen vom 19. Dezember 2014, in Kraft getreten am 1. Oktober 2013, beschlossen am 8. Mai 2013.

<sup>\*2</sup> Inhaltsverzeichnis, § 1, § 2, § 5, § 7, § 8, § 9, § 10, § 11, § 13, § 15, § 16, § 18, § 20, § 24, § 25, § 26, § 27, § 28, § 29 und Anhang geändert durch Amtliche Mitteilung 92/2017 „Zweite Ordnung zur Änderung der Prüfungsordnung für den Master-Studiengang „Accounting, Auditing and Taxation“ der Universität Siegen vom 31. August 2017, in Kraft getreten am 1. Oktober 2017, beschlossen am 12. Juli 2017.

LESEFASSUNG